

«Andere mischen wacker mit»

Steuern Der internationale Standortwettbewerb sei aggressiver geworden, sagt Finanzminister Ueli Maurer. Von der Steuervorlage 17 soll die Wirtschaft profitieren – aber auch Familien mit Kindern.

Interview: Kari Källin

Herr Bundesrat, die Konjunkturprognosen verheissen der Schweizer Wirtschaft im nächsten Jahr steigendes Wachstum. Reibt sich der Finanzminister schon die Hände?

Ueli Maurer: Wenn es unserer Wirtschaft gutgeht, denke ich eigentlich nicht zuerst an die Bundeskasse. Ich freue mich vor allem über die positiven Effekte auf den allgemeinen Wohlstand und die Beschäftigung. Wenn sich aus den höheren Plus-Werten Impulse bei den Einnahmen ergeben – umso besser!

Rechnen Sie mit Mehreinnahmen, die den Spardruck lindern könnten?

Nein. Die positiven Konjunkturprognosen sind im Budget 2018 und in den Finanzplänen der folgenden Jahre bereits berücksichtigt. Das für nächstes Jahr budgetierte Wachstum bei den Einnahmen deckt sich in etwa mit dem erwarteten Wirtschaftswachstum.

Welches sind die Trümpfe, auf die der Wirtschaftsstandort Schweiz auch in Zukunft angewiesen ist?

In der Schweiz tätige Unternehmen schätzen vor allem die politische Stabilität. Wenn bei uns reguliert wird, so dauert das in unserem System eine geraume Zeit, und das wiederum sorgt für eine gewisse Berechenbarkeit unserer Politik und damit für Rechtssicherheit. Hinzu kommen weitere Faktoren wie der flexible Arbeitsmarkt mit hochqualifizierten Arbeitskräften. Auch die Steuern sind natürlich ein Standortfaktor: Hier sind wir aktuell noch einigermaßen konkurrenzfähig. Weil aber andere Staaten nachgebessert und ihre Steuersätze für Unternehmen gesenkt haben oder dies beabsichtigen, sind wir ebenfalls gefordert.

Das Volk hat am 12. Februar die Unternehmenssteuerreform III (USR III) abgelehnt – wie zuvor bei der Abzocker- und der Masseneinwanderungsinitiative gegen die Empfehlungen der Wirtschaftsverbände. Wie erklären Sie sich, dass die Schweiz bei wichtigen Vorlagen nicht mehr auf die Wirtschaft hört? Ausschlaggebend für das Nein bei der USR III war die Komplexität der Vorlage. Dass sich mehrere Städte und Gemeinden

Das Treffen der Wirtschaft am 26. Oktober im KKL Luzern

Informationen und Meinungen zur Entwicklung der Zentralschweizer Wirtschaft. Mit dabei sind die prominenten Redner Martin Eichler, Chefökonom BAK Economics AG, und Bundesrat Ueli Maurer.

Weitere Informationen:

www.perspektiven-zentral.ch
Der Anlass ist ausverkauft.



Bundesrat Ueli Maurer sieht die berechenbare Politik als Vorteil für den Wirtschaftsstandort Schweiz.

Archivbild: Nadia Schärli

aufgrund befürchteter Einnahmeverluste gegen die Vorlage entschlossen oder ihre Umsetzung nicht offenlegten, war kontraproduktiv. Genau deshalb haben wir bei der Steuervorlage 17 von Beginn weg grosses Gewicht auf den Austausch mit den Gemeinden, Städten und Kantonen gelegt. Die Hauptbotschaft, dass mit der Reform die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz und damit Arbeitsplätze erhalten werden sollen, muss verständlich kommuniziert werden.

In den letzten Jahren ist die Zahl von Neuansiedlungen ausländischer Firmen gesunken. Verschärft das Nein zur USR III diesen Trend?

Halten wir zunächst fest, dass es noch Neuansiedlungen gibt. Ebenso wichtig ist ja auch, dass etablierte Firmen in der Schweiz bleiben. Aber es ist schon so: Der internationale Standortwettbewerb ist aggressiver geworden. Wie ich schon angetönt habe: Andere Länder mischen da wacker mit und versuchen, Firmen mit optimierten steuerlichen Rahmenbedingungen anzuziehen. Das Nein zur USR III hat vor allem die Rechtsunsicherheit verstärkt, was sich dämpfend auf die Standortattraktivität auswirkt.

Haben Sie Hinweise darauf, dass Firmen wegen des Neins zur USR III die Schweiz verlassen haben oder werden?

Unternehmen fällen ihre Standortentscheidungen nicht von einem Tag auf den anderen. Zudem haben Zu- und Wegzüge immer verschiedene Gründe. Es geht dabei auch – aber nicht nur – um die Steuerbelastung. Aber negative Auswirkungen

als Folge des Urnengangs vom 12. Februar sind nicht wegzudiskutieren. Das ist denn auch der Grund, weshalb der Bundesrat umgehend eine neue Reform aufgegleist hat.

Der Bundesrat hat letzten Monat mit der Steuervorlage 17 diese Neuauflage in die Vernehmlassung geschickt. Ist die Reform nun mehrheitsfähig?

Das muss unser Ziel sein. Die Vorschläge des Bundesrats liegen jetzt auf dem Tisch. Die Vernehmlassung wird zeigen, wie diese bei den politischen Akteuren ankommen. Gefordert ist danach das Parlament, das es letztlich in der Hand hat, ob eine Vorlage mehrheitsfähig ist. Bisher wurde vor allem gepokert, man stellte Maximalforderungen, um so Druck auszuüben. Das ist in unserem System normal und nicht weiter tragisch. Am Ende wird bei allen Akteuren eine mittlere Unzufriedenheit bleiben, die hoffentlich mehrheitsfähig ist.

Enthalten sind im Paket auch um 30 Franken erhöhte Kinderzulagen. Was hat das mit den Firmensteuern zu tun? Ist das eine sozialpolitische Bestechung des Volks?

Es geht hier um einen Interessenausgleich und letztlich darum, dem Urnenentscheid vom 12. Februar Rechnung zu tragen. Der Kanton Waadt hatte mit seiner Steuerreform letztes Jahr nicht zuletzt deshalb durchschlagenden Erfolg, weil er die Kernelemente der Reform mit sozialen Massnahmen zu Gunsten der Bevölkerung verband. Auf den Bund übertragen, heisst das: Nicht nur der Wirtschafts-

standort soll von der Steuervorlage 17 profitieren, sondern auch Familien mit Kindern. Mit der Massnahme leisten die Unternehmen einen Beitrag von rund 300 Millionen an die Reform beziehungsweise an Familien mit Kindern.

Wie wichtig ist es für den Standort Schweiz, die Steuervorlage bis 2020, wie es sich der Bundesrat erhofft, unter Dach und Fach zu bringen? Macht die EU zeitlich Druck?

Die Schweiz hat sich auf keinerlei konkreten Fristen verpflichtet. Die OECD und die EU wissen um unsere direktdemokratischen Gepflogenheiten, aber sie verfolgen natürlich genau, was jetzt bei uns geschieht. Das Ziel ist, die Vorlage auf Bundesebene per 2019 zu verabschieden. Weitere Verzögerungen würden zu einem weiteren Verlust an Rechtssicherheit führen, und der internationale Druck – vor allem auf einzelne Firmen – würde zunehmen.

Sie haben am 26. Oktober einen Auftritt in Luzern, am Anlass «Perspektiven 2018». Welchen Bezug haben Sie zur Zentralschweiz?

Ich komme immer gerne in die Zentralschweiz. Mir gefällt die Mischung aus schönen Landschaften bäuerlicher Prägung, schroffen Bergen, urbanen Zentren, und vor allem schätze ich die Offenheit der Bevölkerung.

Hinweis

Das Interview wurde schriftlich geführt.

Lokale Pensionskasse für KMU

Vorsorge Die PKG Pensionskasse ist eine der führenden autonomen Gemeinschaftseinrichtungen für die berufliche Vorsorge in der Schweiz. Mit Sitz in Luzern wurde sie 1972 von kleinen und mittleren Unternehmen errichtet. Heute zählt sie mit 1500 angeschlossenen Arbeitgebern, 34 000 Destinatären und einem Anlagevermögen von rund 6 Milliarden Schweizer Franken zu den grössten privatrechtlichen Vorsorgeeinrichtungen der Schweiz. Der Deckungsgrad betrug per Ende Juni 109 Prozent.

Unabhängigkeit schafft Vertrauen und Transparenz. Der Stiftungsrat als oberstes Organ setzt sich ausschliesslich aus Vertretern der angeschlossenen Arbeitgeber und der Versicherten zusammen. Die PKG Pensionskasse ist nicht profitorientiert, sondern ausschliesslich den Interessen ihrer Versicherten und deren Arbeitgebern verpflichtet.

Tiefste Administrationskosten im PK-Vergleich

Flexibilität für unternehmens- und branchenspezifische Vorsorgelösungen, fortschrittliche Leistungen und tiefe Administrationskosten (1. Rang im Pensionskassen-Vergleich 2017) zeichnen die PKG Pensionskasse aus. Arbeitgeber können ihren Mitarbeiterbestand online abfragen und mutieren, Versicherte ihre persönlichen Daten einsehen und eigene Simulationen wie Pensionierungsplanungen oder Einkaufsberechnungen vornehmen.



Bei der PKG Pensionskasse sind die Kunden in guten Händen. Bild: PD

Facts



PENSIONS KASSE FÜR KMU

Aktive Versicherte: 30 000

Rentner: 4000

Mitarbeitende: 26

PKG Pensionskasse
Zürichstrasse 16
Postfach
6000 Luzern 6
Telefon 041 418 50 00
Telefax 041 418 50 05
info@pkg.ch

www.pkg.ch

IMPRESSUM Kommerzielle Serie zur Veranstaltung «Perspektiven» im KKL Luzern vom 26. Oktober 2017.

Verlagsredaktion Luzerner Zeitung, verlagsredaktion@lzmedien.ch, Koordination: Nadia von Euw, Telefon 041 429 52 52. Werbemarkt: NZZ Media Solutions AG, inserate@lzmedien.ch, Telefon 041 429 52 52

Diese Projektträger unterstützen die Perspektiven 2018

ARLEWO
arbeiten leben wohnen

CSS
Versicherung

EY
Building a better
working world

**Obwaldner
Kantonalbank**

Schindler

CKW

**Luzerner
Kantonalbank**

PKG
PENSIONS KASSE FÜR KMU

**The PORT
Technology**

Technikpartner
auviso
audio visual solutions

Mediensponsor

**Luzerner
Zeitung** **tele 1**
Zentralschweizer Fernsehen